

Interfraktioneller Antrag

öffentlich

Datum

21.11.2008

Nummer

A0239/08

Absender

**DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat, SPD-Stadtratsfraktion,
Fraktion B90/Die Grünen, FDP-Ratsfraktion, Fraktion future!-
die jugendpartei**

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Herrn Ansorge

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

04.12.2008

Kurztitel

Integriertes Sozialzentrum

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

- a) Zu prüfen, ob für die Weiterentwicklung und stärkere Vernetzung der in der Sozialarbeit Tätigen ein integriertes Sozialzentrum geschaffen werden kann. Ein solches Zentrum soll die Aufgaben haben,
 - eine wirksame Vernetzung von öffentlichen Angeboten und Leistungen mit denen von Sozialverbänden und anderen Trägern und Organisationen zu ermöglichen,
 - Hilfen und Hilfen zur Selbsthilfe für sozial Benachteiligte zu organisieren,
 - ein durchgängiges tägliches Angebot (auch sonntags) durch Verstärkung der ehrenamtlichen Tätigkeit zu gewährleisten,
 - generationenübergreifendes Miteinander aktiv und wirksam zu unterstützen und
 - die Teilhabe aller Einwohner an Kultur und Bildung systematisch zu erweitern.
- b) Dabei die Erfahrungen anderer Kommunen sowie die Ergebnisse der Fachkonferenz „Magdeburger Handlungsstrategien und Maßnahmen zur Reduzierung und Vermeidung von Kinder- und Familienarmut“ vom 29. und 30.10.2008 auszuwerten. Die Prüfung soll sich auch darauf erstrecken, ob im Rahmen eines einjährigen Pilotprojektes das Alten- und Servicezentrum Nord in Zusammenarbeit mit der Regionalstelle Börde des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zu einem integrierten Sozialzentrum weiterentwickelt werden kann.
- c) Den Stadtrat bis zum 31.3.2009 über das Ergebnis der Prüfung zu informieren und damit verbunden eine Konzeption für das Pilotprojekt „Integriertes Sozialzentrum“ vorzulegen. In dieser Konzeption ist davon auszugehen, dass der Pilotzeitraum ein Jahr beträgt und für den Stadthaushalt kostenneutral zu finanzieren ist,
- d) Das Pilotprojekt ämterübergreifend so zu gestalten, dass es für alle Akteure im sozialen Netzwerk der gesamten Stadt nachvollziehbar ist.

2. Der Stadtrat bittet seine Mitglieder in den Gremien der kommunalen Unterneh-

men ARGE Jobcenter, AQB und GISE darauf hinzuwirken, dass diese Unternehmen ihre spezifischen unternehmerischen Möglichkeiten zur Beteiligung an dem Pilotprojekt prüfen und die Ergebnisse dem Oberbürgermeister bis 1.3.2009 mit-teilen.

Begründung

Ein integriertes Sozialzentrum hat die Aufgabe, die vielfältig gewährten Hilfen und die Sozialarbeit zu vernetzen und damit die Effizienz der Hilfen zu stärken. Es leben ca. 40 000 Menschen von Transferleistungen, mit denen Wohnen, Kleidung, Ernährung und die Teilhabe an der Wahrnehmung der Kultur und Bildungsangebote in der Stadt gesichert werden sollen. Hilfen sind zielgruppen- und sozialraumbezogener zu organisieren. Dabei kommt der besseren Vernetzung öffentlicher, gesellschaftlicher und privater Leistungen eine zentrale Bedeutung zu. In Magdeburgs Stadtteilen sind die sozialen Problemlagen unterschiedlich. Bekannt sind Brennpunkte mit der Konzentration von sozial schwachen Einwohnerinnen und Einwohnern. Der Einsatz der Instrumente der Sozialarbeit muss qualifiziert (optimieren hinsichtlich Aufwand und Nutzen, punktgenaue und schnelle Hilfen, dauerhafte Lösungen) und zugleich der Tendenz wachsender Ausgaben von Haushaltsmitteln begegnet werden. Genauere Analysen der sozialen Lagen der Einwohnerinnen und Einwohner sind erforderlich. Ebenso ist es zwingend, auf soziale Notlagen oder unvorhergesehene Situationen, wie auch immer sie entstanden sind, schnellstmöglich zu reagieren. Dies betrifft Stromabschaltungen, Fälle von Gewalt gegenüber Frauen und Kindern u.a.m.

Die Zusammenführung der unterschiedlichen Akteure vor Ort in der Sozialarbeit erleichtert dabei die ressort- und generationenübergreifende Arbeit. Dabei werden alle vorhandenen und gegebenenfalls neuen Strukturen und handelnden Personen betrachtet. So die Offenen Treffs in Rothensee, in der Curiesiedlung, in der Neuen Neustadt und am Neustädter See unabhängig von ihren Betreibern (Trägern) die Jugendfreizeiteinrichtung im Brunnenhof, das Bürgerhaus im Kannenstieg, das Gesundheits- und Veterinäramt in der Lübecker Straße. Sie alle sollen Stützpunkte vernetzter Sozialarbeit werden. Die Akteure wie Sozialarbeiter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der Stadtverwaltung, von Wohnungsunternehmen, der kommunalen Unternehmen, von Vereinen und Verbänden, die im Stadtteil wirken, bis hin zur Stadtteilmanagerin organisieren auf der Grundlage ihrer jeweils spezifischen Rolle die vernetzte Arbeit. Das betrifft auch Kindertagesstätten und Schulen.

Hans-Werner Brüning
DIE LINKE. Fraktionen

Rainer Löhr
SPD Fraktionen

Alfred Westphal
Fraktion B90/Die Grünen

Dr. Kurt Schmidt
FDP-Ratsfraktion

Michael Stage
Fraktion future!-die jugendpartei